

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Schandorf, Adlik, Bernsdorf, Alsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Müssen St. Nicola, St. Jacob, St. Michela, Stangendorf, Thurm, Niedermüssen, Subschnappel und Lischheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 75.

Hauptveröffentlichungsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

Dienstag, den 1. April

Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Samstag und Festtag, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Preis 8 Mk. durch die Post bezogen 10 Mk. 42 Pfg. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm-Ebert-Str. 6b, alle Postämter, sowie die nachfolgenden Bestellen, welche die Anzeigenblätter entgegennehmen. — In der ersten Spalte werden die Anzeigenblätter mit 20 Pfg. berechnet. — Rücksendung 60 Pfg. — Fernsprechnummer Nr. 7. — Im amtlichen Teile ist die zweifelhafte Seite 75 Pfg., für Anzeigen 90 Pfg. — Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Lebensmittelverkäufe in Callberg.

Dienstag, den 1. April von vormittags 8 bis 11 Uhr.

Stärke, 1 Paket 15 Pfg., Ungarischer Akazienhonig, 1/2-Pfund-Glas 5,50 Mk., 1/2-Pfd.-Glas 10,50 Mk.
Waschmittel, 1 Paket 20 Pfg., Sultanin-Rosinen, 1/2 Pfund 2,50 Mk.
Bouillonwürfel, 10 Stück 40 Pfg., Krabben-Ertract, kleine Dosen, 1,00 Mk.
Salatlunke (Essig-Ertrag) 1/2 Flasche größere Dosen 1,50 Mk.
55 Pfg., 1 Flasche 1,10 Mark, Dörrzwiebeln 100 Gramm 1 Mk.
Nährhefe, 1/2 Pfund 90 Pfg., 1 Paket Kaffee-Ertrag
Qualitätsertract, 1 Dose 4,30 Mk., 1 Paket Morgentrank } auf 2,10 Mk.
Knochenbrühertract „Plantor“, 1/2 Dose 1 Paket Milchpulver }
85 Pfg., 1/2 Dose 1,50 Mk., 1/2 Dose Backpulver, 1 Paket 12 Pfg. +
2,80 Mk., 1/2 Dose 5,- Mk.,
Dänische Trockenbouillon 1 Pfund-Dose 9,- Mk.,

nachmittags 2—4 Uhr:

Kindernährmittel für Kinder unter 4 Jahren für 40 Pfg. auf Kinderkarte 10.

Harzerkäse, 1 Stück 48 Pfg. bei sämtlichen Händlern gegen Lebensmittelkarte B Nr. 2201—Schluß.

Mittwoch, den 2. April

Gemüsekonserven.

Spargel (abzahn.) 1 Kg. 1,35 Mk.
(Brod) 1 Kg. 1,70 Mk.
(Stange) 1 Kg. 2,20 Mk.

Brotmarkebezugskarte: Nr. 1—200 vormittags 8—9 Uhr, Nr. 201 bis 400 vorm. 9—10 Uhr, Nr. 401—600 vorm. 10—11 Uhr, Nr. 601 bis Schluß vorm. 11—12 Uhr.

Mittwoch, nachmittags 3 bis 5 Uhr.

Schokolade,

1/2 Pfund für 1,60 Mk. an die Inhaber von Vollmilchkarten.
Karamellade auf Lebensmittelkarte B — Marke 37. — 1/2 Pfd. für 30 Pfg. bei sämtlichen Händlern.

Holzverkauf: Mittwoch, den 2. April nachm. 2—5 Uhr. 1 Str. 2,75 Mk.
Der Ortsnahrungsausschuss für Callberg.

Verordnung

Betreffend Nichtigkeit der Verträge über noch nicht abgeerntetes Gemüse, insbesondere Spargel.

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß nach § 1 der Reichskanzlerbekanntmachung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917

(Reichsgesetzblatt S. 307) Verträge, durch welche sich Erzeuger (Pächter usw.) vor der Übertragung zur entgeltlichen Lieferung von Gemüse oder Obst verpflichten, der schriftlichen Form und der Genehmigung der Reichsstelle für Gemüse und Obst bedürfen. Andere Verträge sind nichtig. Ihre Erfüllung, ebenso wie die Unterlassung der Anmeldung bei der Reichsstelle ist nach § 16 der genannten Verordnung strafbar. Die Reichsstelle erteilt diese Genehmigung jedoch bei Frühgemüse nur für solche Gemüsearten, die in den von ihr ausgegebenen amtlichen Vertragsmustern für Frühgemüselieferungsverträge vorgezeichnet sind. Eine Genehmigung für andere Gemüsearten, insbesondere Spargel, wird nicht erteilt.

Dresden, am 22. März 1919.

Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittellamt.

Bezirkswohnungskommissar für die Kreishauptmannschaft Chemnitz.

Auf Grund des § 1 der Reichs-Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 15. Januar 1919 (RGBl. S. 69) wird für den Bezirk der Kreishauptmannschaft Chemnitz der Geheimre Regierungskommissar nach der genannten Kreishauptmannschaft zum Bezirkswohnungskommissar ernannt.

Dresden, am 25. März 1919.

Ministerium des Innern.

Aufhebung der Bewirtschaftung von Kohlrüben.

Gemäß der Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 22. März 1919 (Nr. 70 des Deutschen Reichsanzeigers) wird hiermit die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 10. November 1918 über die Bewirtschaftung von Kohlrüben (Nr. 265 der Sächs. Staatszeitung vom 13. November 1918) aufgehoben.

Dresden, am 27. März 1919.

Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittellamt.

Kurze wichtige Nachrichten.

Der Vorsitzende des Leipziger Soldatenrates, Schöning, ist wie die „Freie Presse“ in Leipzig mitteilt, als Mitarbeiter in das Kriegsministerium beauftragt worden.

Die Schaffung eines amerikanischen Regierungsfonds von 200 Millionen Pfund Sterling zur Finanzierung des ausländischen Handels bedeutet nichts anderes, als die Enthüllung des Planes einer schnellen Offensiv-Amerikas gegen den Vahenhandel auf Kosten der europäischen Staaten.

Kroatien und Slowenien sollen von französischen Truppen besetzt werden.

Nach Erklärungen des französischen Kriegsministers im Heeresauschuss ist mit der Zurücknahme der Truppen aus den besetzten Gebieten Deutschlands in einem halben Jahre nach Unterzeichnung des Friedensvertrages zu rechnen.

Eine Newyorker Meldung der „Newyork-Times“ sagt, daß Clemenceau auf der Sitzung des Rates der Vier Frankreichs Anspruch auf die vollständige Abtretung des Saargebietes wieder erneuerte und dadurch eine ernste Verzögerung des Friedens schuf. Er sei bei England und Amerika auf entscheidenden Widerstand gestoßen. Dieses Auftreten Clemenceaus sei ein rein charakteristisches Beispiel der französischen Obstruktion. — Die Raubgier des Tigers.

Die auf 6 Mitglieder festgelegte deutsche Finanzdelegation wird in Paris auch Vertreter aus grenznaher neutraler Staaten vorfinden, es soll nämlich die Regelung der Zahlung der für den Lebens-

mittelkauf bestimmten Summen verhandelt werden auch andere finanzielle Fragen eingeschlossen werden.

Im Hafen von Venedig erfolgten auf dem Dampfer „Sivione“ mit 2500 Tonnen Benzin und 250 Personen, Soldaten, Offizieren, Reisenden und Schiffsmannschaften an Bord, mehrere furchtbare Explosionen, durch welche ganz Venedig erschüttert wurde. Der Dampfer wurde in Stücke gerissen und die Leichen über einen Kilometer weit über Kanäle und Dächer geschleudert. Bisher wurden etwa 50 Tote und 100 Verwundete geborgen.

Die Entente hat den Kampf gegen den Bolschewismus in Ungarn und Rußland beschlossen.

Ungarn soll Deutschland ein Bündnis gegen die Ententemächte angeboten haben. Die gleiche Meldung liegt auch aus Rußland vor.

Die Lage im Reiche.

Berlin, 30. März. Ueber die Lage im Reiche liegen aus Osten und Westen wenig erfreuliche Nachrichten vor. In Oberschlesien werden Spartakusflugblätter verbreitet, welche die Öffnung der Grenze und die Fühlungnahme mit dem russischen Bolschewismus fordern. In Breslau ist zurzeit alles ruhig. Im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet hat sich die Lage nicht gebessert. In Duisburg ist die Lebensmittelversorgung sehr schlimm. Zurzeit sind nur kleine Streiks im Gange, doch fürchtet man, daß die Lage unhaltbar wird, wenn die Nahrungsmittelzufuhr sich nicht bessert.

Man hofft jedoch durch die Verteilung der ersten feindlichen Lebensmittel in diesen Gebieten Ruhe schaffen zu können, die auch dadurch den ersten Anspruch darauf haben, weil von ihnen die zur Bezahlung der Lebensmittel verwendeten Kohlen geliefert werden. Die Forderungen der Arbeiter gehen auf Entlassung der Polizei, Auflösung der Truppen und Einrichtung von Betriebsräten. Der letzten Forderung steht die Regierung zustimmend gegenüber. In Mülheim an der Ruhr fanden neue Demonstrationen statt. Die Spartakusagitation ist dort sehr lebhaft. Man erwartet einen neuen Generalkrieg, der viel radikaler sein soll als der vorangegangene. In Bochum wird überall gearbeitet, aber auch dort besteht man unter dem Druck der erwarteten neuen Anruhen. In Hannover ist es zu einem Konflikt zwischen der Arbeiterschaft und der vom kommandierenden General bewaffneten Studentenschaft gekommen. Aus Wilhelmshaven wird gemeldet, daß dort zu Anfang Mai der Ausbruch einer großen neuen Spartakusbewegung vorbereitet wird, die in ganz Deutschland gleichzeitig ausbrechen soll und die den Arbeitern die Diktatur bringen soll. Eine Abteilung von 50 Belgiern hat nach der „Post“ den belgischen Hafen besetzt. Der Verband begründet diese Maßnahme damit, daß er nur durch Besetzung des rechtsrheinischen Hafens den Schutz des Rheinvorfeldes gewährleisten könne.

Die Sozialisierungs-Kommission hat am 20. März der Reichsregierung ihr vorläufiges Gutachten über die Sozialisierung der Volkswirtschaft überreicht. Bei der Sozialisierungs-Kommission

dem Führen erscheint die beschleunigte Veröffentlichung dieses Gutachtens geboten, damit es als Grundlage für eine öffentliche Diskussion und für gesetzliche Maßnahmen dienen kann.

Der Rektor der Technischen Hochschule in Aachen, Prof. Kolmann, und der Direktor des dortigen mineralogischen Instituts, Prof. Wüste, wurden verhaftet, weil sie beschuldigt waren, aus belgischen Museen wertvolle Stücke entwendet zu haben.

Dresden, 30. März. In einer Versammlung der Unabhängigen wurde der Antrag eingebracht, für Dresden eine rote Garde zu bilden. Der Vorschlag fand sympathische Aufnahme. Ungeklärt blieben die Fragen der Ausrichtung.

Keine Sechsstundenarbeitszeit.

Bochum, 30. März. Der Direktor der Deutsch-lomburgischen Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft hat betrüß des Antrages der Arbeiter auf Festsetzung der Sechsstundenarbeitszeit von der Regierung folgenden Telegramm erhalten: Weimar, 27. März. Berücksichtigung der Arbeitszeit auf 6 oder 1 1/2 Stunden ist unmöglich, wenn das Wirtschaftsleben wieder in Gang gebracht werden soll. Tausende von Arbeitern müssen fern, weil die Betriebe keine Kohlen haben. Die Versorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln aus dem Auslande kann nur durchgeführt werden, wenn wir Kohlen in Zahlung geben. Das gesamte deutsche Volk erwartet deshalb, daß die Kohlenförderung gesteigert, nicht aber beeinträchtigt werde. Verkürzung der Arbeitszeit bedingt einen Lohnausfall, weil für sechs Stunden Arbeit nicht der gleiche Lohn gezahlt werden kann wie für acht Stunden. Ein Lohnausgleich wird aber die Erhöhung der Kohlenpreise nötig machen und eine solche Erhöhung kann nicht bewilligt werden. Soll das Wirtschaftsleben in Gang kommen muß eine Herabsetzung der Kohlenpreise erfolgen. Reichsarbeitsminister: gez. Bauer.

Ultimatum der Eisenbahner.

Berlin, 30. März. Aus einer Eisenbahnerversammlung in Wien wird nach der „Deutsch. Tagesztg.“ mitgeteilt, daß die Beamtenräte aus allen Eisenbahndirectionen Preußens am 25. März ein Ultimatum an die Regierung gerichtet haben mit den Forderungen der gesamten Eisenbahnbeamtenschaft der preussischen und böhmisches Bahnen. Dieses Ultimatum legt zur Bewältigung der Forderungen eine Frist bis zum 19. April. Wenn nicht innerhalb einer achtstündigen Ruhepause im Eisenbahnbetrieb eintreten, und wenn dann die Forderungen nicht bewilligt werden, wird die Eisenbahnbeamtenschaft sofort in den Ausstand treten.

Das Fünfmannerkollegium in Leipzig.

In Leipzig ist, wie gemeldet wurde, beschlossen worden, ein Fünfmannerkollegium zu bilden und dieses mit dikatorischen Vollmachten auszustatten; dieser Plan ist indessen noch nicht verwirklicht worden. Seine Ausführung dürfte die Errichtung einer ungeordneten Nebenregierung bedeuten. Es ist dies zweifellos ein sehr ernster Versuch, die jetzige Regierung zu stürzen. Die Regierung soll herausgefordert werden, wegen der Leipziger Verhältnisse einzuschreiten, und auf diese Weise hofft man sie ins Unrecht zu setzen und einen Sturm gegen sie zu inszenieren. Der hierwegesegang soll die Lage ist sicherlich äußerst kritisch und gegenwärtig andauernder erster Erwägungen. Es ist aber zu hoffen, daß dieser Plan der Leipziger Drahtzieher, die so offenbar im Unrecht sind, mißlingt und Leipzig vor schweren inneren Erschütterungen bewahrt wird.

Anberordentliche Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins.

Dresden, 29. März. Am Sonnabend begann nachmittags 1 Uhr im Rathsaussaale zu Dresden die außerordentliche Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins. Zu-

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Hedwig Courths-Wahler. Amerikanisches Copyright by Albin K. Co. Nachdruck verboten.

„Ich kann deinen Wunsch nicht erfüllen, mich Deinem Willen nicht beugen, Papa. Gehorsam wollte ich mich fügen, meinem Gefühl entgegen. Aber ich kann nicht — jetzt nicht mehr. Ich habe auch schon damals gesagt, als Ihr mich bedrängtet Günter mein Jawort zu geben, daß ich ihn nicht liebe. Ihr sagtet mir, daß sich die Liebe in der Ehe finden würde. In meiner Unerfahrenheit ließ ich mich bestimmen, Günters Braut zu werden. Ihr liebt mir ja keine andere Wahl, und ich wußte damals nicht, was ich auf mich nahm. Jetzt weiß ich es aber, weiß, daß ich mit Günter kein Ehe schließen kann. Ich achte und schätze ihn sehr, er ist mir immer ein guter Freund gewesen, und ich dachte, dies Gefühl würde ausreichen, um eine Verbindung zwischen uns möglich zu machen. Ich wollte ja eure gehorsame Tochter sein. Aber jetzt weiß ich, daß es nicht geht — ich kann Günters Frau nicht werden.“

Der Graf fuhr auf.
„Das sind Narrereien, sentimentale Torheiten die ich nicht dulden werde! Du bist mit Günter verlobt und wirst seine Frau. Und damit punktum.“
Die Komtesse schüttelte energisch den Kopf.

nächst wurde die „Durchführung der Selbstverwaltung in der Schule“ behandelt. Stenzel-Blauen hielt den einleitenden Vortrag. Die eingehende Aussprache führte zu folgenden einstimmig gefaßten Beschlüssen: Im demokratischen Volksstaat muß auch das ganze Erziehungs- und Bildungswesen nach demokratischen Grundsätzen gestaltet werden, deshalb ist die Selbstverwaltung auf allen Stufen der Schulverwaltung bis in die einzelne Schule hinein durchzuführen. In jeder Schule nimmt die Gesamtheit der Lehrer die innere und äußere Verwaltung selbst in die Hand. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Schulleiter auf Zeit, der von der Schulbehörde zu bestätigen ist. Der Schulleiter ist nicht Vorgesetzter der übrigen Lehrer. Die Schulaufsicht steht nur dem Bezirkschulinspektor zu. Für die Bezirkschulinspektionen und die oberste Schulbehörde erfolgt die Bildung der Selbstverwaltungskörper auf der Grundlage der Lehrerorganisationen. Sie sind bei Regelung aller die Lehrer und Schule betreffenden Fragen im weitesten Umfange hinzuzuziehen. Auch den Eltern muß durch Erweiterung des Schulvorstandes und durch Bildung von Schulpflichtigen Gelegenheit gegeben werden, mehr als bisher an der Erziehungsarbeit der Schule teilzunehmen. Im Schulvorstande muß den Lehrern als den Fachleuten die entsprechende Anzahl Sitze eingeräumt werden. Die Bestimmung, wonach der Lehrer nicht Vorsitzender des Schulvorstandes sein darf, ist aufgehoben. Dem Schulvorstande stehen keinerlei Aufsichtsbefugnisse über die Lehrer zu. Außer dem wurde beschlossen: Das Ministerium wolle bestimmen, daß die Besetzung erledigter Direktorenstellen bis zur Landesgesetzlichen Regelung der Schulaufsichtsfragen zu unterbleiben hat.

Ueber die wirtschaftliche Lage sprach Wehner-Boisig. Nach der sich daran anschließenden, sehr lebhaften Aussprache wurde von der Versammlung folgende Erklärung einstimmig angenommen: Noch immer wird der sächsischen Lehrerschaft eine gerechte Befoldung verweigert. Seit Jahrzehnten fordert sie vergeblich, nach gleichen Grundsätzen wie alle Beamten in den Befoldungstarif des Staates eingeeordnet zu werden; sie verlangt ihre Einreihung zwischen Beamte mit Hochschulbildung einerseits und Akademiker andererseits. Die neue Volksregierung hat noch nicht zu erkennen gegeben, wie sie zu dieser Forderung, die sogar die Anerkennung des früheren Landtages gefunden hat, steht. Die Vertreterversammlung verlangt nun endlich Abhilfe, sie fordert neben den Teuerungszulagen: für ständige Lehrer pensionsfähige Monatsgehälter in Höhe von Mk. 200 bis Mk. 425, also eine Staffel von 2400 bis 5100 Mk. Endgehalt erreichbar, spätestens vom 25. Lebensjahr ab gerechnet, in 6 dreijährigen Raten von je Mark 450; daneben Wohnungsgeld in Höhe von vier Dritteln des Wohnungsgeldzuschusses der mittleren Reichsbeamten; für Lehrerinnen je nach ihrer Pflichtstundenzahl die Höhe der Lehrer; für Fachlehrerinnen wenigstens vier Fünftel der für wissenschaftliche Lehrerinnen festzusetzenden Beträge; für Schulleiter unter Herabsetzung der Pflichtstundenanzahl die Einreihung in den Lehrertarif (ohne besondere Amtszulage); für Hilfslehrer monatlich 175 Mk. neben zeitweiliger Entschädigung für Heizung und Wohnung, für die Einzelstunde außerhalb der Pflichtstundenzahl 5 Mk., für die Jahresüberschüsse 200 Mk. Dies sind Augenblicksforderungen. Ihre Erfüllung bedeutet lediglich den notwendigen Nachtrag zum Befoldungsgesetz vom Jahre 1909, bedeutet keineswegs eine Voraussetzung, sondern nur eine Vorarbeit für die erwartete und als notwendig erkannte allgemeine Befoldungsreform. Sie berührt nicht die Teuerungszulagen. Sie ist nichts anderes als die Einlösung einer alten Schuld.

Die Lehrerschaft erwartet von der Volkskammer und

der Volksregierung, daß diese Schuld jetzt endlich eingelöst wird. Die Vertreterversammlung fordert den Vorstand auf, diese Forderung der Regierung erneut vorzulegen, ihre sofortige Durchführung zu verlangen, wenn es nötig ist, die Lehrerschaft zum vereinbarten Vorgehen aufzurufen und dabei die im Einverständnis anderer Berufs erprobten Kampfmittel zur Anwendung zu bringen.

Am Mittelpunkt des zweiten Verhandlungstages (Sonntag) stand der Religionsunterricht in der allgemeinen Volksschule. Berichterstatter: Niemann-Loebig. Hieran schloß sich eine lebhafteste Aussprache. Eine Vertagung der Entscheidung auf eine spätere Abstimmung wird abgelehnt. Die „Leipziger Thesen“ werden grundsätzlich angenommen: Wir fordern die weltliche Volksschule. Wir erblicken in der Erziehung zur sittlichen Persönlichkeit nach wie vor die Aufgabe der gesamten Schularbeit. Wir lehnen es ab, die Jugend im Sinne eines religiösen Bekenntnisses zu beeinflussen. Wir bekennen uns zu der Aufgabe, durch Gewöhnung und Belehrung, insbesondere durch Durchführung von Vorbildern sittlicher Lebensführung aus der Menschheitsgeschichte die sittliche Erziehung der Jugend sicher zu stellen, den Kindern durch einen objektiven Unterricht in Religionsgeschichte das allgemeine religiöse Kulturgut vorzuführen und dadurch die selbständige Erarbeitung einer Weltanschauung vorzubereiten.

Bestimmungen über diesen Unterricht sind lediglich eine pädagogische Angelegenheit; wir weisen daher alle Ansprüche der Kirche auf Mitwirkung und Aufsicht zurück und überlassen es den Religionsgemeinschaften, außerhalb der Schule für die konfessionelle Unterweisung der Kinder zu sorgen.

Die Ernährungslage.

Berlin, 30. März. In der preussischen Landesversammlung sprach am Freitag der Reichsernährungsminister Schmidt über die Ernährungslage. Eine Erhöhung der Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse könne ebensowenig in Aussicht gestellt werden, wie eine Herabsetzung dieser Preise. Auch der Abbau der Zwangswirtschaft ist noch nicht ins Auge gefaßt worden. Getreide, Kleinf, Kartoffeln und Milch freizugeben, sei zur Zeit unmöglich, ebenso die Freigabe des Viehhandels. Bei Gemüse ist eine langsame Ueberleitung zur Freigabe erforderlich. Gegen diejenigen Gemeinden, die alle Milch und alle Butter dem Schleichhandel zuführen, soll mit Zwangsmitteln eingegriffen werden. Die städtische Bevölkerung wird vielleicht auf Wochen hinaus ohne Kartoffeln bleiben. Auch diese können nicht aus der Zwangswirtschaft herausgelassen werden. Die eingeführten Lebensmittel sollen zu dauernden Zuweisungen für Großstädte verwendet werden, in erster Linie das Mehl, das allerdings enorm teuer ist. Der Brotpreis soll trotzdem nicht erhöht werden, dagegen das Mehl zu höheren Preisen zur Verfügung gestellt werden. Die Einfuhrmenge an Fett und Speck in Rotterdam soll zunächst dem Ruhrgebiet zugute kommen, dann Berlin und den Industriegebieten in Schlesien und Sachsen. Solange gestreift wird, ist es schon nach dem Brüsseler Abkommen unmöglich, Lebensmittel in das Streifgebiet gelangen zu lassen. Die norwegischen Fische können nicht eingeführt werden, weil der Verband die Erlaubnis dazu nicht gegeben hat. 200.000 Tonnen sind bereits verborben. Der Minister hofft, daß wir bis zur neuen Ernte durchkommen und aus der Einfuhr Zuschüsse geben können, sowohl an Mehl wie an Fleisch und Fett, sobald für die nächste Zeit eine Erleichterung der Ernährungslage zu erwarten ist.

Der erste Mehlstampfer in Hamburg.

Der „Vorwärts“ meldet: Der amerikanische Dampfer „West-Carnifax“, der am Donnerstag im

wußt, was ich tat, als ich in diese Verbindung willigte.“

Der Graf trat dicht vor seine Tochter hin und drohend blidenden Augen.

„Also eine Liebslei steckt dahinter? Das hätte ich mir denken können. Auf solche törichte Gedanken können nur sinnlos verliebte Mädchen, die nicht wissen, was sie tun und was sie ihren Eltern schuldig sind. Heraus mit der Sprache — wer ist es, in den Du Dich verliebt hast?“

Groß und furchtlos sah die Komtesse in das zornige Gesicht ihres Vaters. Die Gräfin erhob sich und trat besorgt zwischen beide.

„Um Gottes willen, Abalbert, ich bitte Dich dringend um Ruhe und Mäßigung.“

Der alte Herr schob sie energisch beiseite.

„Ich will wissen, was für eine leichtsinnige Liebslei in ihrem Kopfe spukt, damit ich sie ihr austreiben kann. In wen hast Du Dich verliebt? Stehe mir Rede!“ rief er zornig.

Die junge Dame atmete auf.

„Von einer leichtsinnigen Liebslei kann keine Rede sein. Papa, sondern von einer tiefen, kalten Liebe, die einen ganz anderen Menschen aus mir gemacht hat, und die mich erkennen lehrte, daß eine Frau sich nicht ohne Liebe einem Manne zu eigen geben soll. Du sollst den Namen des Mannes wissen, Papa, den ich liebe mit schrankenloser Innigkeit und Ergebenheit. Es ist der Fürst Geron Kanow.“ (Fortf. folgt.)

Hamburg...
Gonnen...
Melbungen...
nemohl...
Nehl...
von...
von...
Stona...
bestimmt...
sien 90...
auf der...
großes...
niedere...
dem...
Weils...
stehn...
soll eine...

Berlin...
den...
in Spa...
mit, die...
schließen...
Biede...
Schleich...
wurden...
deutschen...
Frankreich...
men...
eine...
Kemmer...
zurück...
geföhren...
gen...
ungeheuer...
eingelang...
vertrag...
vor...
Es...
Kaffen...
Deutschland...
gegenstände...
die aus...
werden...
derung...
— (Eine...
erklärt...
wünschen...
Frieden...
sem Falle...
ten und...
Das mit...
swand...
des in...
Deutschland...
An Stelle...
würden...
sich

Gewisse...
Entente...
auf die...
gefuht...
Richtung...
über einen...
werden...
der...
Landung...
lassen...
lungen...
alle...
deutschen...
Vollmachten...
um in...
hat die...
mächtig...
Stills...
nach Spa...
Man...
sojen...
in de...
Eile...
darau...
gierung...
Ruhe...
tes ab...
Transport...
nicht...
zul...

Mu

* Ung...
Bezirks...
Annaberg...
ma, Mei...
den Stad...
ausgegeben...
10 und 20...
anßer Beck...

Hamburger Hafen mit der Besetzung seiner Ladung begonnen hatte, brachte uns entgegen den früheren Meldungen lediglich 6600 Tonnen kalifornisches Weizenmehl, aber keine Lebensmittel anderer Art. Das Mehl ist bestes Weizenmehl, niedrig ausgemahlen, von großer Weiße und nach sachmännischem Urteil von vorzüglicher Beschaffenheit. Es ist für Hamburg, Ostona, Berlin, Dresden, Leipzig und Magdeburg bestimmt. Voraussichtlich wird der Mehlpreis zwischen 90 Pfg. und 1.05 Mk. liegen. Es liegt somit auf der Hand, daß wir bei diesen hohen Preisen ein großes Interesse daran haben, nicht mehr als für unsere Volksernährung unbedingt geboten ist aus dem Auslande zu beziehen. Die Bezahlung wird teils in bar, teils durch die Lieferung von Ausfuhrartikeln aller Art erfolgen, unter denen voraussichtlich Kali eine wichtige Rolle spielen wird.

Deutsches Reich.

Berlin. (Was Frankreich alles verlangt.) Nach dem Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spaa vom 28. März: Rudant teilte in einer Note mit, die französische und belgische Regierung hätten beschloffen, ohne Verzug mit der Zurücknahme aller Pferde und sonstigen Tiere zu beginnen, welche von Deutschland in Frankreich und Belgien requiriert worden sind. Zu diesem Zwecke werde im besetzten deutschen Gebiet sofort eine Musterung aller aus Frankreich und Belgien stammenden Tiere vorgenommen werden. Im unbesetzten Teil Deutschlands solle eine entsprechende Musterung durch eine besondere Kommission abgehalten werden. Ihre Rolle auch die Zurücknahme der aus Frankreich und Belgien fortgeführten landwirtschaftlichen Materialien übertragen werden. — Die Antwort auf diesen geradezu ungeheuerlichen Beschluß, welcher auch nicht im geringsten Zusammenhang mit dem Waffenstillstandsvertrag steht, behielt sich die deutsche Kommission vor. Es sei hier bemerkt, daß nach Artikel 19 des Waffenstillstandsvertrages (finanziell: D. S. 11. 1. 19) Deutschland nur verpflichtet ist, Urkunden, Kunstgegenstände, Bargeld und Wertpapiere zurückzugeben, die aus dem ehemals besetzten Gebiet fortgeführt worden sind. Zu irgend einer weitergehenden Forderung sind die Alliierten nicht berechtigt.

— (Eine Drohung.) Nach einer „Nava“-Meldung erklärt „Ceclair“, Frankreich könne sich nichts Besseres wünschen, als daß der von der Entente vorbereitete Frieden von den Deutschen abgelehnt würde. In diesem Falle würde Foch in Frankfurt am Main einmarschieren und mit seinen Truppen das Ruhrgebiet besetzen. Das mit Essen versorgte Essen werde dann für die französische Regierung arbeiten. Nachen sei ein großes industrielles Zentrum. Die reichsten Gegenden Deutschlands liegen in greifbarer Nähe Frankreichs. An Stelle einer regelmäßigen Kriegsschadung würden sie zu Lieferanten Frankreichs werden.

Danzig.

Gewisse Anzeichen lassen darauf schließen, daß die Entente den Streit über Polen und Danzig nicht auf die Spitze treiben will, und daß ein Ausweg gesucht wird in der in der deutschen Note gegebenen Richtung der Beförderung der polnischen Truppen über einen anderen Hafen. Zunächst soll verhandelt werden. Marshall Foch hat durch General Rudant der deutschen Regierung auf ihre Antwort zur Landung polnischer Truppen in Danzig mitteilen lassen, daß er persönlich in Spaa zu Unterhandlungen am 3. April eintreffen werde. Er werde alle Auskünfte und alle verlangten Garantien dem deutschen Bevollmächtigten geben, der mit den Vollmachten versehen sein soll, welche nötig sind, um in 48 Stunden zu entscheiden. — Daraufhin hat die deutsche Regierung beschloffen, als Bevollmächtigten den Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission, Reichsminister Erzberger, nach Spaa zu entsenden.

Man erkennt aus dieser Note, daß die Franzosen in der Danziger Frage eine außerordentliche Eile entwickeln. Es muß demgegenüber nochmals darauf hingewiesen werden, daß die deutsche Regierung diesen diplomatischen Zwischenfall in aller Ruhe und unter voller Wahrung ihres Standpunktes abwickeln wird. Sie ist fest entschlossen, den Transport der polnischen Truppen über Danzig nicht zuzulassen.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 31. März 1919.

* — **Angstige Notgeldscheine.** Die von den Bezirksverbänden der Amtshauptmannschaften Annaberg, Auerbach, Bauen, Glauha u. Grimma, Meißn, Jittau und Zwickau und die von den Stadtgemeinden Bauen, Jittau und Zwickau ausgegebenen Notgeldscheine in Abschnitten von 5, 10 und 20 Mark werden mit den 31. März 1919 außer Verkehr gesetzt. Wer solches Geld im Be-

sitz hat, tausche dies heute noch um, da die Einlösung nach dem 31. März überall verweigert werden wird!

* — **Papier statt Tabak.** Ein hiesiger Einwohner hatte bei einer auswärtigen Firma für einen ziemlich hohen Betrag Tabak und Zigarren bestellt. Ein recht langes Gesicht mag derselbe wohl gemacht haben, als er eines der Pakete, die per Nachnahme eingetroffen waren, öffnete und zum großen Ersauern statt des so sehr begehrten Rauchmaterials Papierstücke vorfand. Zum Glück war der Schwindel gleich bemerkt worden, sodaß der Empfänger vor Schaden bewahrt blieb. Vorsicht bei Bestellungen an unbekannte Firmen ist deshalb nötig.

* — **Neue 50-Mark-Scheine** kommen von heute in Verkehr. Diese Reichsbanknote ist in mehrfarbigem Buchdruck auf einem Papier hergestellt, das als natürliches Wasserzeichen ein über die ganze Fläche des Scheines laufendes Sternendruckmuster enthält. Den Hintergrund der Note bedeckt eine blaue Verzierung, in der Mitte ein weißes liegendes Ei und freiliegend, in dem blaßblau die Zahl von gleichfarbigen Federzug-Zerlinien umgeben untergebracht ist. Dasselbe Ei und ist auf der Rückseite der Banknote freigeblieben, um die Prüfung des Wasserzeichens zu ermöglichen. Der neue Schein ist gegenüber dem zuletzt ausgegebenen etwas länger und schmaler.

Callberg. (Eine öffentliche Einwohnerversammlung) war für gestern Sonntag nachmittag 2 Uhr nach dem Schützenhause einberufen zu dem Zwecke, gegen vermeintlich vorgekommene Unregelmäßigkeiten in der Lebensmittelversorgung Stellung zu nehmen. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Da sich niemand als Einberufer der Versammlung zu erkennen gab, eröffnete Herr Gustav Held dieselbe. Als Versammlungsleiter wurden die Herren Stadtrat Böhm und Zischer gewählt. Herr Stadtrat Böhm erteilte dann Herrn Bürgermeister Prachtel das Wort. Letzterer äußerte sich ausführlich über die Lebensmittelversorgung. Er erklärte, Callberg sei die erste Gemeinde gewesen, die sich nach Kriegsbeginn mit Lebensmitteln eindecken habe und auch mit großen Mengen. Aber auch diese Vorräte seien mit der Länge der Zeit erschöpft und die Gemeinde müsse nun mit dem auskommen, was sie zugewiesen erhält. Redner sprach dann noch über Versorgung in jetziger und kommender Zeit und ersuchte die Anwesenden, etwa bemerkte Mängel vorzubringen, damit Abhilfe geschaffen werden könne. Die Aussprache gestaltete sich zu einer recht unbesessenen. Es wurden arge Anschuldigungen erhoben, für die Beweise aber nicht erbracht werden konnten. Auch die verbreiteten Gerüchte in Sachen der Arbeitslosen-Unterstützung erwiesen sich als grundlos; Herr Stadtrat Zischer gab hierüber volle Aufklärung. Nachdem letzterer noch der Hoffnung Ausdruck gegeben hatte, daß nunmehr, da eine genügende Aussprache erfolgt sei, sich die Gemüter beruhigten und die Gerüchte verstümmten, wurde die Versammlung durch Herrn Stadtrat Böhm geschlossen.

Müssen St. Micheln. (Schwere Schädigung) erlitten die Viehbestände eines hiesigen Gutes durch eine „börsartige katarthaltige Schleimhautentzündung“, in deren Folgen drei wertvolle Kühe in kurzer Zeit abgeschlachtet werden mußten. Auch in Niedermüllern hat diese unheilbare Krankheit unter den Rindern Opfer gefordert.

Hohndorf. (Ein anonymes Brief) ging vor einigen Tagen dem Direktor eines Steinkohlenwerkes im Hohndorf-Danziger Revier zu, in dem der Direktor aufgefordert wurde, bis zu einer gewissen Zeit einen größeren Betrag an einem bestimmten Tage niederzuliegen. Im Wagerungsfalle habe der Direktor seine Lösung zu gewärtigen. Letzteres drohe ihm auch, wenn er nach dem Briefschreiber sahnde. Der hiesigen Polizei ist es jetzt gelungen, in dem Briefschreiber einen 19 Jahre alten Bergarbeiter zu ermitteln. Eine exemplarische Bestrafung dürfte dem Verräther sicher sein.

Crimmitschau. (Hohe Strafe — Tödlicher Unfall.) Weil er sich von den bei ihm eingelagerten Lebensmitteln des hiesigen Ernährungsamts verschiedenes angeeignet, wurde im Dezember der Spediteur Theodor Günther verhaftet. Vom Schöffengericht wurde er jetzt wegen Unterschlagung in 9 Fällen zu 8100 Mk. Geldstrafe oder 540 Tagen Gefängnis, die mitangeklagte Buchhalterin Günthers wegen Hehlerei zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt. — Freitag vormittag ist in Neukirchen im Zimmerbetrieb der Firma Hermann der 53 Jahre alte Schneidemüller Oskar Frisch in das Sägegitter geraten. Er wurde zwischen Gitterrahmen und Transportwalze mit zerquetschtem Kopf tot aufgefunden. Er hinterläßt eine Witwe und zwei verheiratete Töchter.

Schönstein-Crosthal. (Schwerer Unglücksfall.) Die 21jährige Tochter Toni des Güterbodenarbeiters Herrn Paul Funke war damit beschäftigt, die Fenster der im 2. Stock gelegenen Erkennungung zu putzen, als sie, wahrscheinlich infolge eines Schwindelanfalles oder Fehltrittes, den Halt verlor und auf die Straße hinabstürzte. Der herbeigerufene Arzt stellte bei dem unglücklichen Mädchen

außer verschiedenen Brüchen auch eine innere Verletzung fest, so daß an ihrem Aufkommen leider gezweifelt werden muß.

Leipzig. (Einen beispiellosen Rohheitsakt) verübte ein 34 Jahre alter Schneider, der sich von einer Familie, die seine Kinder während er im Felde war in Pflege hatte, bestohlen glaubte. Er drang in deren Wohnung und eignete sich einen Wäschekorb an. Als die Wohnungsinhaberin, deren Schwiegertochter und Bruder ihn daran hindern wollten, schlug er mit einem Hammer wie ein Wütender um sich und verletzte die Schwiegertochter und den Bruder der Wohnungsinhaberin so schwer, daß beide blutüberströmt in das Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Wohnungsinhaberin kam mit leichteren Verletzungen davon.

Reichenbach. (Leichtgläubige Geschäftsleute.) Ein aus dem Armenhause entwichener 65 Jahre alter schwachsinziger Schneider, machte bei verschiedenen Geschäftsleuten mehrere Einkäufe und Bestellungen und veranlaßte die Verkäufer, die Waren in seine Wohnung zu bringen. Dort stellte es sich heraus, daß man es mit einem gänzlich zahlungsunfähigen Manne zu tun hatte. Bei einem Sattler hatte er ein Sofa und mehrere Handtaschen gekauft, in einem Puffgeschäft für 1000 Mark Damenhüte, an anderer Stelle für 1000 Mark Zigarren, ein selbstenes Kleid, wollene Decken usw. Der Mann wurde wieder in Verwahrung genommen.

Bankhaus Bayer & Heinze,

Lichtenstein-Callberg,

Badergasse 6.

Hauptgeschäft Chemnitz.

Schwesterfiliale Burgstädt.

empfehlen

mündelmässige Anlagewerte.

Rationalversammlung

Wien, den 29. März.

Nach Erledigung der heutigen Tagesordnung vertagte sich das Haus auf den 9. April, ermächtigte aber den Präsidenten, wenn nötig, zur früheren Einberufung. Zur Beratung stand der Nachtrags- und Notetat. Dem Reichspräsidenten wurde ein Gehalt von jährlich 100000 Mk. und zur Bestreitung sachlicher Ausgaben 1/2 Million Mk. bewilligt. Die Frage der Ministergehälter und Pensionen soll beim ordentlichen Etat geprüft werden. Auf die Hinweise der Abg. Erfing (Ztr.) und Kießer (D. Volksp.), daß auf den Flugplätzen Döberitz und Adlershof noch Millionen ausgegeben würden, weil sich Offiziere und Mannschaften mit Macht gegen die Demobilisierung sträubten, hielt Reichsminister Noske eine Rede über

Vergeudung staatlicher Gelder,

der wir folgendes entnehmen:

Soweit die zur Entlassung kommenden Leute keine Arbeit finden, müssen sie aus Reichsmitteln unterstützt werden. In den Staatswerkstätten haben sich in einer Anzahl von Betrieben unhaltbare Zustände herausgebildet, welche zu einer geradezu unverantwortlichen Verschwendung von Reichsgeldern führen. Auf den beiden Reichswerften hat die Lage sich beträchtlich gebessert. In Kiel wie in Wilhelmshaven wächst die Zahl der Aufträge und auch die Arbeitsleistung. Auf den Torpedowerkstätten in Friedrichsort bei Kiel haben am ersten Revolutionstage die Arbeiter sich gemeiert, für die Folge an der Herstellung von Kriegsmaterial zu arbeiten. Nach oberflächlicher Berechnung wurden 100000 Mk. Lohn gezahlt, ohne irgendwelche gewinnbringende Tätigkeit in diesen Werkstätten. Die provisorische Leitung hat sich mit Eifer der Umgestaltung des Betriebes auf Friedensarbeit gewidmet. Trotzdem jetzt ein kaufmännischer Direktor wieder an der Spitze steht, wird der Betrieb auch nach seiner Umgestaltung auf Friedensarbeit noch geraume Zeit beträchtliche Zuschüsse erfordern. Auch in verschiedenen Militärbekleidungsämtern sind die Zustände unerträglich. Einzelne haben den 20fachen Umfang während des Krieges angenommen, und trotzdem verlangen die Arbeitermilitanten, daß von Entlassungen in diesen Betrieben Abstand genommen werde. Auch wird gefordert, daß sämtliche Aufträge von Uniformen für Post und Eisenbahn diesen Bekleidungsämtern zugewiesen werden. Dabei ist die Arbeitsleistung in einer Anzahl dieser Betriebe teilweise so zurückgegangen, daß der Bedarf an Uniformen und Stiefeln für die Freiwilligenverbände bei der Privatindustrie gedeckt werden mußte. Der Minister gab dann noch eine Schilderung der Zustände in den Spandauer Betrieben, in welchen im Januar an Löhnen 42 Millionen Mark gezahlt wurden bei einer absolut minimalen Tätigkeit der Arbeiter. Die vorzunehmende Umgestaltung der Betriebe erfordert natürlich eine gewisse Zeit. Dazu muß aber auch die Autorität der Reichsleitung und der Behörden wieder hergestellt werden, die jetzt vollständig ausgeschaltet ist. Eine Deputation Spandauer Arbeiter erklärte mir erst gestern, daß sie durch Anwendung schärfster Terrors zum Streik gezwungen wurden. In den nächsten Tagen soll ein Ultimatum der Arbeiter der staatlichen Gewehr- und Waffenfabrik eingehen, in welchem die Abschaffung der viel geschmähten Freiwilligenverbände gefordert wird, weil die Ausgaben für dieselben eine Vergeudung von Staatsgeldern darstellen. Auch wird bis zum 8. April die Schaffung einer nur aus gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern gebildeten Volkswehr verlangt. Diesen Forderungen wird von mir nicht entsprochen werden. Ich werde aber dafür sorgen, daß wie schon bei dem alten Streik, in den Staatsbetrieben für die Streikende kein Pfennig gezahlt wird. Dem aus den Reihen der Arbeiter mir übermittelten Wunsch, es möchte den Staatsbetrieben ja rasch wie möglich das notwendige Maß von Umstellungsarbeiten zugeführt werden, um wieder produktive Arbeit leisten zu können, wird Rechnung getragen werden, damit die in diesen Betrieben angelegten Gelder wieder nutzbringende Arbeit im Interesse des ganzen Volkes leisten. (Lebhafter Beifall.)

Gemeinderatsbeschluss in Hohndorf

vom 24. März 1919.

Der Eintritt in die Tagesordnung genehmigt man, daß künftig die Sitzungen abends 8 Uhr stattfinden. Weiter wird beantragt, den gewählten Herrn Gemeindevorstand Schuster bis zu seinem Amtsantritt zu den noch bis dahin abzuhaltenden Sitzungen mit zu laden. Dieser Antrag wird angenommen.

Der Gemeinderat nimmt weiter Kenntnis von einem Dankschreiben des Sparkassenbuchhalters Schuster für die ihm übertragene Stelle des Gemeindevorstands hiesiger Gemeinde.

Pkt. 1. Auf eine Zuschrift des Vorstehenden des sächsischen Gemeindetages erklärt man sein Einverständnis zur Errichtung einer selbständigen Geschäftsstelle durch den Gemeindevorstand. Die anteiligen Kosten hiesiger Gemeinde von rund 30 Mk. jährlich werden bewilligt.

Pkt. 2. Zu zwei vorliegenden Vorfällen werden Ausnahmebewilligungen erteilt.

Pkt. 3. Die Zuwachsteuerberechnungen in Sachen S. Ahlmann und Lautenhahn werden als richtig erkannt.

Pkt. 4. Versicherungspflicht der Fleischbeschauer und Trichinenbeschauer bei der Angestelltenversicherung betreffend. Man bewilligt die Versicherung des hiesigen Fleisch- und Trichinenbeschauers bei der Angestelltenversicherung vom 1. Januar 1919 ab. Eine Nachzahlung der Beiträge bis zum Jahre 1913 zurück wird abgelehnt.

Pkt. 5. Betreffend 15 eingegangene Gesuche um Ermäßigung der Hundsteuer. Man beschließt diese Gesuche dem Verfassungsausschusse zur Prüfung zu überweisen.

Pkt. 6. Dem Gesuch des Ortsausschusses für Jugendpflege um Ueberlassung von gemeindlichen Arealen zur Bebauung kann in der gewünschten Weise nicht entsprochen werden, da das von dem Ortsausschuß in Aussicht genommene Grundstück bereits verpachtet ist. Es wird jedoch beantragt und auch genehmigt, daß dem Ortsausschuß für Jugendpflege das Areal unterhalb des Kartoffelspeichers zur Bearbeitung angeboten wird.

Pkt. 7. Das zur Verpachtung als Schrebergärten abgetretene Grundstück neben dem Kartoffelspeicher wird durch Los an 5 der sich meldenden 15 Bewerber vergeben.

Pkt. 8. Betreffend Einstellung der ehemaligen Expedienten Heintz und Schettler, sowie des Kriegsbeschädigten

Willy Müller von hier. Nach längerer Aussprache wird beschlossen, Expedienten Heintz und Kriegsbeschädigten Müller am 1. April dieses Jahres und den Expedienten Schettler der sich noch im Heeresdienst befindet, sobald als möglich einzustellen.

Pkt. 9. Ein Gesuch des Max Köhner, Arbeitslosenunterstützung betr., läßt man auf sich beruhen.

Pkt. 10. Desgl. ein Gesuch der pensionierten Hebamme Welfe um Gewährung einer Feuerungszulage.

Pkt. 11. Gesuche um Gehaltserhöhung des Kassentrolleurs Nestler und des Wassermeyers Jäger betreffend. Die Entschlebung hierauf wird ausgesetzt, da möglichst sofort eine grundsätzliche Neuordnung der Gehälter aller Gemeindebeamten stattfinden soll.

Der Verfassungsausschuß wird mit der Ausarbeitung der neuen Gehaltsstaffel beauftragt.

Kirchennachrichten für Hohndorf.

Mittwoch, den 2. April, abend 8 Uhr im Gasthaus in Glocke: Frauenverein.

Verlangen Sie den Renner-Katalog!

Unser Modelführer ist kostenlos zu beziehen! Sorgfältige Fernbedienung für auswärt. Kunden! Kostenschätzungen u. Auswahlsendungen jeder Art! Der Versand der Waren ist bahn- u. postfrei! Umtausch bereitwilligst — oder Geld zurück!

Modehaus Renner Dresden, Altmarkt.

Sachsen,

schützt die Grenzen unseres Freistaates!

Herbei, Kameraden, zum Schutze Eurer Familien, Eurer Eltern, von Haus und Herd! Sorgt für Ordnung und Sicherheit innerhalb des Staatsgebietes durch Meldung zu den Freiwilligen-Grenzjäger-Abteilungen. Mobile Gebühnrisse und eine tägliche Zulage von 5 Mk., freie Unterbringung, Verpflegung und Ausrüstung. Mannschäfts-Versorgungsgesetz und Militär-Hinterbliebenengesetz finden Anwendung. Kragenabzeichen: Das historische Horn der sächsischen Jäger, silbern, umschlungen von Eichen- und Lorbeerzweigen. 50 Prozent aller Kompanie-Offizierstellen können mit Unteroffizieren besetzt werden. Meldungen persönlich oder schriftlich. Die nächsten Meldestellen befinden sich in **Zwickau** bei Major **Teichler**, Hotel Wagner und in **Chemnitz** bei Oberstl. **Fischer**, Heinrich-Böckler-Str. 37. Anmeldeformulare bei jeder Gemeindebehörde und Stadtverwaltung.

Sächsische Freiwilligen-Grenzjäger-Abteilungen

Nr. 1 in Königswartha, Nr. 2 in Weissenberg, Nr. 3 in Pockau-Lengefeld, Nr. 4 in Lommahsch.

Deutsch-demokr. Partei.

Heute **Dienstag** abends 8 Uhr in der **Bahnhofswirtschaft Lichtenstein**.

Priv. Schützen-Gesellschaft Lichtenstein.

Heute **Dienstag** 8 Uhr **Versammlung**. 7 Uhr Ausschlußsitzung. Um vollzähliges Erscheinen bittet

Das Direktorium.

Neues Schützenhaus, Lichtenstein.

Mittwoch, den 2. April:

Konzert und Ball

der **sächsischen Kapelle**. Direktor **Th. Warnag**. Anfang 7 Uhr. — Eintritt 60 Pfg.

Vortragsfolge: 1. Landmanns-Gruß, Marsch von Brenner. 2. Ouverture comique von Keler-Bela. 3. Aus vergangenen Tagen von Weiß. 4. Traum-Walzer von Millöcker. 5. Münchner Lieder, Potpourri von Rabenberger. 6. Die Eule von Fahrbach. 7. Intermezzo von Weiß. 8. Matiglöckchen, Mazurka für Klyphon.

Ergebnis laden ein **Th. Warnag, Dsc. Ziesche**.

Zeichnungen

auf

4% Kommunal-Kreditbriefe

Kreditanstalt sächsischer Gemeinden zu Dresden

nehmen die unterzeichneten Spar- bzw. Girokassen vom 31. März bis 19. April während ihrer Geschäftsstunden zum Kurse von

95%

für 100 Mark Nennwert entgegen.

Die Kommunal-Kreditbriefe sind **mündelsicher**. — Ihre **Sicherheit** ruht auf dem **Vermögen** der Kreditanstalt sächsischer Gemeinden zu Dresden, den Stammanteilen ihrer Mitglieder und auf der nach Maßgabe der Anstaltsstatuten unbeschränkten und gesamtschuldnerischen Haftung von über **300** sächsischen **Städten** und **Landgemeinden** mit über **1 750 000** Einwohnern, sowie der **28** amts-hauptmannschaftlichen **Bezirksverbände** (mit zusammen über **3 000 000** Einwohnern).

Stadtsparkasse Lichtenstein.

Callenberg.

Gemeindeparkasse St. Egidien.

Hohndorf.

Müllers St. Jacob.

Gemeindegirokasse Müllers St. Nicolaus.

Freiwillige vor!

Gediente und Ungediente, die Ihr gewiß mit Stolz den Kampf der braven Ostafrikaner verfolgt habt, **hört den Ruf des Vaterlandes und der Pflicht.**

Schart Euch zusammen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Grenzen zu schützen.

Tretet ein bei der **Freiwilligen-Division**

Lettow

des

Garde-Kavallerie-Schützenkorps

Annahme zu den bekannten Bedingungen. Für freie Reize nach Berlin wird Sorge getragen. Schriftliche Meldungen an die Werbezentrale der Division Charlottenburg bei Berlin, Kaiserdamm 1-12.

v. Lettow-Vorbeck

Generalmajor.

Meeraner Tageblatt und Anzeiger für amtl. Bekanntmachungen

Erfolgreiches billiges Anzeigenblatt.

Parkettböden fertig verlegt, Parkettwachs empfiehlt

Gustav Colditz jun., Parkettfabrik Auerbach i. V.

Allen lieben Verwandten und Bekannten zur traurigen Nachricht, daß am Sonntag, den 30. März 1919, mittags 12 Uhr, nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Anna Marie Ziegert geb. Tauscher

im Alter von 56 Jahren sanft und ruhig entschlafen ist.

Lichtenstein, den 31. März 1919.

Im tiefsten Schmerz:

Eduard Ziegert und Kinder.

Die Beerdigung unserer teuren Entschlafenen erfolgt Mittwoch, den 2. April 12^{1/4} Uhr von der Behausung aus.

KL

Mittwoch u. Donnerstag, den 2. und 3. April. — Anfang 6 Uhr. — **Carola Töle** in **Das grosse Opfer** Tiefgreifendes Drama in 4 Akten. **Der Ersatzmann.** Lustspiel in 3 Akten. Um recht zahlreichen Besuch bittet Hochachtungsvoll **Rudolf Lässig.**

Schmierseife in Originalblechdosen (à Pfd. 3,30 Mk.) empfiehlt **Mag Sachs, Callenberg.**

Achtung! **Apfel- u. Birnbäume** sind eingetroffen und stehen zu billigstem Preis zum Verkauf. **E. Eichhorn.**